

# Inhalt

Vorwort . . . . .	V
Vorwort zur 1. Auflage . . . . .	VII
Hinweise für den Benutzer . . . . .	XVII

## Zur Einstimmung

I. Prolog über eine gerechte Ordnung . . . . .	1
II. Grundgesetz für jedermann. . . . .	6

## 1. Kapitel: Gemeinschaft – Staat

§ 1 Was ist eine menschliche Gemeinschaft? . . . . .	11
§ 2 Was ist ein Staat? . . . . .	16
I. Der Staat als Form menschlicher Gemeinschaft . . . . .	16
II. Begegnung mit der Wirklichkeit . . . . .	17
III. Staatsgebiet – Staatsvolk – Staatsgewalt . . . . .	19
IV. Der deutsche Bundesstaat . . . . .	21
V. Entwicklung zum Weltinnenrecht . . . . .	26

## 2. Kapitel: Würde – Freiheit – Gleichheit

§ 3 Der Staat, das Wesen des Menschen und seine Würde . . . . .	29
I. Grundorientierung an der menschlichen Natur . . . . .	29
II. Die Grundforderung des Seins: Jedes menschliche Wesen muss als Mensch anerkannt werden . . . . .	31
III. Menschliche Würde als die Fähigkeit zur autonomen Lebens- gestaltung. . . . .	33
IV. Die rechtliche Gewährleistung . . . . .	35
1. Die Würde und ihr Anspruch auf Anerkennung . . . . .	35

	2. Das „Ausgeliefertsein“ als Grundsituation einer Verletzung . . . . .	36
	3. Absoluter Schutz . . . . .	37
	V. Menschenwürde als Grundrecht und Basis der Grundrechte . . . . .	44
§ 4	Über die Freiheit . . . . .	44
	I. Idee und Begriff . . . . .	44
	1. Die natürliche Anlage zur Freiheit . . . . .	45
	2. Die Notwendigkeit gleicher Freiheit . . . . .	45
	3. Freiheit in Verantwortung . . . . .	47
	4. Verfälschung der Freiheitsidee . . . . .	48
	II. Die rechtliche Gewährleistung . . . . .	50
	1. Die Freiheit als Grundrecht . . . . .	50
	2. Grundrechtsträger und Grundrechtsadressaten. . . . .	53
	3. Staatliche Schutzpflicht für die Grundrechte . . . . .	54
	III. Die verschiedenen Funktionen der Grundrechte . . . . .	57
	1. Das Grundrecht als Abwehrrecht . . . . .	57
	2. Das Grundrecht als Mitwirkungsrecht . . . . .	63
	3. Das Grundrecht als Leistungsrecht . . . . .	64
§ 5	Über die Gleichheit . . . . .	67
	I. Idee und Begriff . . . . .	67
	1. Freiheit und Gleichheit gehören zusammen . . . . .	67
	2. Gleichheit ist Chancengleichheit . . . . .	68
	3. Gleichgewichtsstörung zwischen Freiheit und Gleichheit . . . . .	70
	4. Egalisierung als demokratisches Übel . . . . .	72
	II. Die rechtliche Gewährleistung . . . . .	75
	1. Gleichheit ist kein selbst tragendes Recht . . . . .	75
	2. Der allgemeine Gleichheitssatz . . . . .	76
	3. Die speziellen Gleichheitssätze . . . . .	80
§ 6	Gewährleistungsgegenstand und Schutz der Grundrechte. . . . .	82
	I. Was schützen die Grundrechte? . . . . .	82
	II. Wie und wie weit kann in Grundrechte eingegriffen werden? . . . . .	83
	III. Besondere Schutzvorkehrungen („Schrankschranken“) . . . . .	85
	1. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip . . . . .	85
	2. Die Wesensgehaltgarantie . . . . .	86
	IV. Insbesondere: Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte . . . . .	87

## 3. Kapitel: Demokratie

§ 7	Demokratie als Staats- und Regierungsform . . . . .	91
I.	Repräsentative Demokratie . . . . .	92
1.	Grundstimmung des Unbehagens . . . . .	92
2.	Neigung zum Systembruch . . . . .	93
a)	Die mangelnde Fähigkeit und Bereitschaft des Hinhörens . . . . .	94
b)	Der unerfüllte Wunsch des Bürgers nach der nach Glaubwürdigkeit des Politikers . . . . .	95
II.	Volksrepräsentation durch besondere Organe . . . . .	97
1.	Das Gesetzgebungsorgan . . . . .	99
2.	Das Exekutivorgan („vollziehende Gewalt“) . . . . .	102
a)	Die Bundesregierung . . . . .	102
b)	Die Verwaltung . . . . .	105
c)	Die militärische Verteidigung . . . . .	106
3.	Das Rechtsprechungsorgan . . . . .	107
	Exkurs: Der Bundesrechnungshof . . . . .	113
4.	Der Bundespräsident . . . . .	113
§ 8	Die Bedeutung der Volkswahl . . . . .	117
I.	Legitimationskreislauf in offener Herrschaftsstruktur . . . . .	117
II.	Volkswahl, Auswahl und die Rolle der politischen Parteien. . . . .	121
III.	Grundsätze der Wahl . . . . .	124
IV.	Wahlsystem. . . . .	126
V.	Mehrheitsprinzip. . . . .	128
VI.	Die Wahl als politische Richtungsbestimmung und permanente Kontrollbewertung . . . . .	129
VII.	Macht, Verantwortung und Vertrauen. . . . .	130
§ 9	Freier, offener und unreglementierter Diskurs . . . . .	134
I.	Argumentieren als Lebensluft der Demokratie . . . . .	134
II.	Der Volkswillensbildungsprozess als Rahmen des Argumentierens. . . . .	136
1.	Die Grundrechte als Instrumente. . . . .	137
a)	Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG). . . . .	137
b)	Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG). . . . .	141
c)	Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG). . . . .	142
d)	Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG). . . . .	142
e)	Kunst- und Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) . . . . .	143
f)	Parteienfreiheit (Art. 21 GG). . . . .	143
2.	Charakter des Willensbildungsprozesses. . . . .	144

III.	Staatsfreiheit der Volkswillensbildung. . . . .	145
IV.	Gegenstand und Funktion der Volkswillensbildung. . . . .	146
§ 10	Mitwirkung an staatlichen Entscheidungen als Ergänzung der Volkswillensbildung (Partizipation). . . . .	148
§ 11	Das Prinzip Selbstverwaltung. . . . .	149
§ 12	Distanz von Staat und Gesellschaft als Garant der Freiheit . . . .	150
I.	Prinzip der Nichtidentifizierung. . . . .	150
II.	Ermöglichung verschiedener Lebens- und Organisationsformen . . . . .	152
III.	Zuordnungsverhältnis von Staat und Gesellschaft . . . . .	154
§ 13	Die Demokratie in der offenen Staatlichkeit . . . . .	155
I.	Öffnung zu staatsübergreifenden Institutionen. . . . .	157
II.	Insbesondere: Öffnung zur Europäischen Union. . . . .	158
1.	Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union . . . . .	158
2.	Fundamentale Änderungen der Nationalstaaten . . . . .	159

#### 4. Kapitel: Wandlungen des demokratischen Systems

§ 14	Gefährdung der Legitimation durch Machteinbußen des Parlaments . . . . .	164
I.	Machtverschiebung vom Parlament zur Exekutive als Folge eines faktischen Entwicklungsprozesses. . . . .	165
1.	Entwicklungen im Verhältnis von Parlament und politischen Parteien . . . . .	165
2.	Entwicklungen im Verhältnis von Regierung und politischen Parteien . . . . .	170
	Exkurs: Die Dominanz parteipolitischer Gesetzmäßigkeiten und ihre Folgen . . . . .	171
3.	Reformüberlegungen. . . . .	175
II.	Machtverschiebung als Folge der europäischen Integration. . . . .	178
1.	Das demokratische Problem. . . . .	179
a)	Strukturelle Grundanforderung Subsidiarität . . . . .	180
b)	Grenzen der europäischen Integration . . . . .	183
c)	Ende des demokratischen „Reinheitsgebots“ – Denken auf zwei Ebenen . . . . .	185
2.	Konstituierung einer transnationalen Verbunddemokratie . . . . .	187
a)	Das Europäische Parlament . . . . .	188
b)	Die nationalen Parlamente. . . . .	189

c) Vorteile und Mängel der transnationalen Verbunddemokratie. . . . .	191
3. Die Organe der Union . . . . .	193
a) Der Europäische Rat . . . . .	194
b) Der Rat (Ministerrat). . . . .	194
c) Die Europäische Kommission . . . . .	195
d) Der Europäische Gerichtshof . . . . .	196
e) Der Europäische Rechnungshof . . . . .	197
f) Die Europäische Zentralbank . . . . .	197
4. Der europäische Grundrechtekatalog . . . . .	198
a) Dominanz der europäischen und Garantie der deutschen Grundrechte. . . . .	198
b) Die gesetzestechnische Unzulänglichkeit der Grundrechtsregelungen . . . . .	200
c) Grundrechte als Instrumente der Volkserziehung. . . . .	201
d) Möglichkeit der Grundrechtseinschränkung . . . . .	205
e) Gerichtlicher Grundrechtsschutz . . . . .	205
III. Resümee. . . . .	206
IV. Sind wir auf dem Weg in eine neue Welt? . . . . .	207
§ 15 Argumentation – ein Wirkungsfeld für Funktionäre. . . . .	207
I. Parteien, Verbände, Medien: Die „Großen Drei“ bestimmen das Spiel. . . . .	208
1. Die Legende vom politisch aktiven Bürger. . . . .	208
2. Die politischen Parteien . . . . .	210
3. Die Verbände . . . . .	212
4. Die Sonderrolle der Medien . . . . .	215
a) Erhebliche Machtposition und mangelnde Ethik . . . . .	216
b) Autoritäre Massenmedien . . . . .	217
c) Das Übel der „Political Correctness“ . . . . .	218
d) Manipulation durch Medien ist ein Faktum . . . . .	221
e) Radikales Umdenken ist unverzichtbar. . . . .	223
II. Volkswillensbildungsprozess in der Europäischen Union . . . . .	225
1. Verwobenheit nationaler und europäischer Willensbildung. . . . .	225
2. Ansätze zur Ausbildung gesellschaftlicher Willensbildung in Europa . . . . .	226
§ 16 Schwindende Distanz – wachsende Gefahr für die Freiheit . . . . .	228
I. Permanente Gefährdung durch Staat und Gesellschaft . . . . .	229
1. Gefährdung durch den Staat. . . . .	229
2. Gefährdung durch die Gesellschaft. . . . .	233
II. Distanzverlust als Folge europäischer Integration . . . . .	235
III. Resümee: Die Wandlungen bedrohten die Freiheit . . . . .	237

## 5. Kapitel: Das Sozialstaatsprinzip

§ 17	Verfassungsrechtliche Grundaussagen . . . . .	239
I.	Freiheitlicher Sozialstaat . . . . .	239
II.	Das soziale Grundanliegen . . . . .	242
III.	Eckpunkte sozialer Leistungserbringung . . . . .	243
§ 18	Die zentrale Position des Gesetzgebers . . . . .	245
I.	Sozialer Ausgleich. . . . .	245
II.	Soziale Sicherheit. . . . .	249
	1. Sozialversicherungsrecht. . . . .	249
	2. Soziale Entschädigung. . . . .	250
III.	Staatliche Mitverantwortung für die Wirtschaft. . . . .	250
§ 19	Gefahren und Verwerfungen . . . . .	254
I.	Sozialwohl contra Gemeinwohl. . . . .	254
II.	Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. . . . .	255
	1. Wegnehmen, Zuteilen und Umverteilen in einem „verdeckten Verfahren“ . . . . .	257
	2. Der Staat ist keine „Umverteilungsgesellschaft“ . . . . .	258
	3. Grenzenloses Verteilen – grenzenlose Wünsche – begrenzte Leistung . . . . .	260
III.	Die Misere der Verhaltensänderung . . . . .	262
	1. Umverteilungsstaat als Konfiskationsstaat – Schonhaltung der Gebenden . . . . .	262
	2. Forderungshaltung der Nehmenden . . . . .	265
	3. Wie kann es weiter gehen? . . . . .	268

## 6. Kapitel: Das Rechtsstaatsprinzip

§ 20	Herrschaft des Rechts . . . . .	271
I.	Rechtsstaat als Verfassungsstaat . . . . .	272
II.	Primat des Rechts – Ordnung in Freiheit . . . . .	272
III.	Rechtsordnung als Sozialordnung . . . . .	273
IV.	Differenzierte Rechtsordnung . . . . .	276
	1. Das Privatrecht . . . . .	276
	2. Das Öffentliche Recht . . . . .	277
V.	Arten und Verbindlichkeit hoheitlicher Verfügungen . . . . .	278
VI.	Vielfalt der Rechtsregelungen . . . . .	280
VII.	Rangordnung der Rechtsregelungen . . . . .	280
VIII.	Durchsetzung der Rechtsordnung . . . . .	285
IX.	Freiheit, Frieden und Sicherheit . . . . .	286

§ 21	Staatliches Gewaltmonopol und Rechtsdurchsetzung . . . . .	287
I.	Friedenspflicht und Rechtsgehorsam. . . . .	288
II.	Gefährdungen . . . . .	289
III.	Sonderproblem „politische Gewalt“ . . . . .	290
IV.	Dekuvrierende Einseitigkeit bei Gewaltbekämpfung. . . . .	291
§ 22	Das Prinzip der Gewaltenteilung. . . . .	293
I.	Grundanliegen einer Machtmäßigung durch Macht- verteilung . . . . .	294
II.	Grundanliegen einer funktionsgerechten Organstruktur . . . . .	296
III.	Gefährdungen . . . . .	297
§ 23	Gewährleistung gerichtlichen Rechtsschutzes. . . . .	299
§ 24	Rechtsstaatliche Verwaltung . . . . .	300
§ 25	Rechtsstaatliche Prinzipien in der Europäischen Union . . . . .	301

## Zum Ausklang

I.	Erosion der Gerechtigkeit . . . . .	305
II.	Allgemeiner Orientierungsmangel . . . . .	307
III.	Verantwortungslosigkeit als Prinzip? . . . . .	308
IV.	Zweifel an der freiheitlichen Demokratie . . . . .	309
V.	Überforderung des Menschen durch die Menschenrechte? . . . . .	311
VI.	Das große Wagnis . . . . .	314
Liste der verwendeten Literatur . . . . .		321
Sachregister . . . . .		331